den Forschungsförderungsinstitutionen darf nicht zurückgeschraubt werden, soll die Grundlage der Aufarbeitung nicht gefährdet werden. Für die geplante Stiftung „Zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ muß es ein vorrangiges Anliegen sein, in zunehmendem Maße Forschungsförderung zu betreiben, um die Ausweitung der DDR-Forschung zu sichern.

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Sieben Jahre nach der deutschen Vereinigung zum Stand der Forschung über die DDR-Geschichte ist festzuhalten:

1. Trotz erheblicher Schwierigkeiten ist die Forschung über die DDR gut vorangekommen. Ausgangspunkt war 1990 ein ordentlicher Forschungsstand und seither die Öffnung der Archive. Beim Zugang zu den Archiven gibt es indes noch Probleme.
2. Der quantitative Umfang der Forschung seit 1990 ist ebenso wie die Qualität der Untersuchungen bemerkenswert. Das Interesse an einzelnen Forschungsfeldern ist gewachsen, Produktivität und Vielseitigkeit sind positiv hervorzuheben.
3. Obwohl der Forschungsstand 1997 beachtlich ist, die Perspektiven insgesamt gut sind, bleiben genügend Probleme. Die DDR-Forschung ist noch keineswegs fest etabliert. Ihre weitere Unterstützung, vor allem die Finanzierung, ist notwendig, ja unerlässlich.
4. Schließlich bleibt die Forschung Voraussetzung kritischer, gesellschaftspolitischer Aufarbeitung. Die Förderung der Wissenschaft zur DDR-Geschichte bedeutet daher Hilfe bei der Aufarbeitung, der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Meine Damen und Herren, ein herzliches Dankeschön an Herrn Kollegen Weber. Ich könnte mir vorstellen, daß jetzt schon der Bedarf nach Diskussion sehr groß ist, aber das „Drehbuch“ für diese öffentliche Sitzung sieht vor, daß wir zunächst einmal das, was jetzt hier schon in reicher Fülle auf den Tisch gepackt worden ist, noch weiter anreichern durch zwei Beiträge zu Spezialproblemen. Zunächst ein Kurzbeitrag von Herrn Prof. Dr. Georg Brunner aus Köln zum Schwerpunkt DDR-Justiz. Wenn ich Sie bitten darf.

Prof. Dr. Georg Brunner: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, meine Aufgabe ist es, über den Stand der DDR-Forschung auf dem Gebiet der Justiz zu berichten, wobei mir Kollege Weber schon viele Arbeit abgenommen hat, weil der allgemeine Rahmen eigentlich das ausdrückt, was ich dann im kleineren auch auszuführen habe. In einem ersten Teil möchte ich eine kurze Bestandsaufnahme geben und dann im zweiten Teil auf die Perspektiven, Desiderata und auf das, was sonst noch in die Zukunft weist, eingehen.

Was den Bestand angeht, so ist auch hier die Feststellung zu treffen, daß in den sieben Jahren seit der Wiedervereinigung die Erforschung der DDR-Justiz aufgrund der neuen Quellenlage, auch der Zeitzeugen, ein gutes Stück weiterge-

kommen ist. Es sind Ergebnisse zu Tage gefördert worden, die die – so wie ich meine – bereits zuvor von den realitätsbezogenen Teilen der DDR-Forschung vor 1990 ermittelten Ergebnisse im wesentlichen bestätigen, präzisieren und ergänzen. Es ist eine solche Fülle von Forschungsarbeiten vorgelegt worden oder in der Planung, von Herrn Weber haben wir Zahlen gehört, daß ich keineswegs sicher bin, daß mir alles bekannt ist, was auf dem Gebiet der Justiz geschehen ist oder geplant wird. Ich will deshalb auch nur die wichtigsten großen Forschungsvorhaben einmal benennen und von den Einzelarbeiten nur einige erwähnen.

Eine der wichtigsten Arbeiten ist Ihnen allen gut bekannt, weil sie von der ersten Enquete-Kommission selbst verrichtet worden ist. Der Band IV der Materialien, der der Justiz gewidmet ist, hat sich schwerpunktmäßig mit den politischen Rahmenbedingungen, insbesondere mit der Strafjustiz, und hier vor allem mit der Ulbricht-Ära beschäftigt. In diesen Band haben weitgehend auch Ergebnisse eines anderen Vorhabens Eingang gefunden, das vom Bundesministerium der Justiz praktisch gleichzeitig gestartet worden ist und im Jahr 1994, als die Materialien erschienen, ebenfalls das Licht der Welt erblickte. Das ist vor allem der von Prof. Rottleuthner herausgegebene Band über die Steuerung der Justiz in der DDR. Es handelt sich um einen dokumentierten Sammelband, der auf Archivstudien beruht und wesentliche Beiträge dazu geleistet hat, daß die politischen Lenkungsmechanismen der Justiz sichtbar gemacht und empirisch unterfüttert worden sind. Dieser Band hat nicht nur positive Aufnahme gefunden. Es ist an ihm auch Kritik in dem Sinne geübt worden, daß hier in einer allzu funktionalistischen Weise die Unterschiede zwischen der Justiz in West- und Ostdeutschland eingegeben worden seien, daß die politische Dimension etwas in den Hintergrund getreten sei. Darüber mag man streiten. Ich glaube, der unbestrittene Verdienst dieser Arbeit besteht darin, daß empirisches Material ausgebreitet worden ist. Die Bewertung dieses Materials ist dann der nächste Schritt. Aber für jede wissenschaftliche Diskussion ist natürlich die Kenntnis der Tatsachen erforderlich, und diese Tatsachenbasis ist mit diesem Band in weitem Umfang geliefert worden.

In diesem Zusammenhang ist auch die ebenfalls im Jahre 1994 eröffnete Wanderausstellung unter dem Titel „Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED“ zu erwähnen, die vom Bundesministerium der Justiz auf den Weg gebracht worden ist mit drei großen Begleitbänden, die in erster Linie zwar auf die Popularisierung der erarbeiteten Kenntnisse angelegt sind, aber auch in der Sache einen Erkenntnisgewinn bringen.

Weniger bekannt dürfte in diesem Kreise sein, daß im Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt am Main 1989/90 ein groß angelegtes Forschungsprojekt unter dem Titel „Normdurchsetzung in osteuropäischen Nachkriegsgesellschaften (1944 bis 1989)“ auf den Weg gebracht worden ist, deren erste vier Bände in diesem Jahr erschienen sind. In dieses Forschungsvorhaben ist neben Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei auch die SBZ/DDR mit einbezogen. Der erste Band hat auch gerade die SBZ/DDR zum